

Was ist heute noch links?

von Sven Giegold & Pedram Shahyar

Links ist heute, sich dem Sozialliberalismus zu widersetzen und den Anspruch auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität über nationale Grenzen hinweg zu verwirklichen. Wichtige Teile der sozialdemokratischen Linken exekutieren heute – teils überzeugt, teils widerwillig – ein sozial-liberales Programm. Sie glauben akzeptieren zu müssen, dass in Zeiten des globalisierten Kapitalismus die Interventionsmöglichkeiten des Staates beschränkt sind. Vorbei ist die Zeit, dass alle Bevölkerungsgruppen an der Steigerung der Wertschöpfung teilhaben. Vorüber die Periode, in der der Staat für eine gleichmäßigere Verteilung von Vermögen und sozialer Sicherheit sorgte. Entgegen der Postulate der Französischen Revolution und auch der liberalen Theorie John Rawls wird heute der Anspruch an Gerechtigkeit beschränkt: Bekämpfung von Armut statt Annäherung an soziale Gleichheit, Chancengerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit und „work-“ oder „learn fare“ statt sozialer Rechte. Gleichzeitig wird die Fähigkeit des Staates zu Repression, Kontrolle und Bestrafung ausgebaut.

Schon aufgrund der Globalisierung kann der Nationalstaat nicht mehr der einzige Garant sozialer Rechte sein. Die Linke sollte dies als Chance begreifen. Denn die Beschränkung sozialer Rechte auf Staatsangehörige und die vielfach die faktische Verbindung von Staatsangehörigkeit an ethnische Kriterien war mit vielfachen Unrecht verbunden. Menschenrechte stehen als absolute Rechte allen Menschen zu. Es gibt keinen prinzipiellen Grund, warum Menschen Solidarität nur mit Menschen realisieren können, die ihnen besonders ähnlich und räumlich nahe sind. Schon die Entstehung der Wohlfahrtsstaaten war in dieser Hinsicht eine enorme Ausweitung. In Zeiten der Globalisierung ist links, nicht den Anspruch an Freiheit und Gleichheit zu beschränken, sondern den Raum der Gerechtigkeit auszuweiten.

Darüber hinaus muss eine zukunftsfähige Linke soziale Rechte mit Freiheit zusammen denken. Der Neoliberalismus bezieht seiner Stärke aus einem Freiheitsversprechen, das sich gegenüber dem lebensweltlichen Starren aus der Zeit der stärkeren nationalstaatlichen Regulierungen, genannt Fordismus, abgrenzt. Statt der einförmigen festgeschriebenen Lebensarbeitsbiographien, die nur eine Schule, einen Betrieb und dann die Rente kannte, greift der Neoliberalismus den aufrührerischen Impuls aus der 68er Revolte auf, das Leben freier und flexibler gestalten zu können. Neoliberalismus verspricht diesen individuellen Freiheitsdrang mit dem Zurückdrängen staatlicher Regulierung und Reglementierung bei der Freisetzung freier Marktkräfte zu verwirklichen. Ihre Erfolgsgeschichten sind Promis, die jung und kreativ waren und zu Reichtum gelangten, gerade weil sie unangepasst neue Wege probiert haben. Sie sind nur eine kleine Minderheit, prägen aber insbesondere in den neuen kulturprägenden Medien z.B. die Musik- und Nachrichtensendern das Bild.

Die Realität der vom Markt dominierten Flexibilität ist aber das Gegenteil von ihrem Versprechen, nämlich Druck, Verunsicherung und Freiheitsentzug. Entsprechend der Wunsch, nicht nur zwischen 8.00 und 17.00 Uhr arbeiten zu müssen, sondern auch um 12.00 Uhr zu kommen und um 20.00 Feierabend machen zu können, einem Freiheitsdrang nach flexibler Tagesgestaltung, ist dies unter neoliberalen Vorzeichen ins Gegenteil gekippt: Man muss den ganzen Tag zur Verfügung stehen. Man weiß nicht, ob man in einem Jahr überhaupt noch über ein nennenswertes Einkommen verfügt. Der Markt unterminiert die individuellen Freiheiten. Die Verunsicherung und Prekarität drängen die Menschen in Zwangsverhältnisse und machen sie für Entrechtung verfügbar.

Links sein, kann heute nicht heißen, einfach zurück zu wollen in die Zeiten des vor-neoliberalen Fordismus. Es muss darum gehen, das Freiheitsversprechen des Neoliberalismus gegen ihn selbst zu wenden. Lebensweltliche Flexibilität und individuelle Gestaltung des Lebens lassen sich nur in der Abkopplung des Alltages von den Marktmechanismen erreichen. Insofern hat die Forderung „Arbeit für Alle“ seine Berechtigung, ist aber nicht zukunftsweisend, aber nicht wenn sie klassische Vollbeschäftigung zum Leitbild macht. Links sein heute, heißt eine neue Debatte über die Zukunft der Arbeit zu führen und eine Neubewertung der Arbeit vorzunehmen, die Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit höher bewertet. Das Paradigma „gute Arbeit ist, was Wachstum schafft“, also den Markt folgt, muss herausgefordert werden. Gefragt sind visionäre aber umsetzbare Konzepte, wie die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten unter stärkerer Partizipation und bei Berücksichtigung der Wünsche nach Abwechslung und individueller Alltagsgestaltung zu organisieren sind. Soziale Rechte müssen ein sicheres Leben gewährleisten. Sie dürfen Sicherheit aber nicht als Starre oder öder Lebensrahmen ermöglichen, sondern als Entzug von Angst, Verunsicherung und Zwang, um Individualität und Kreativität für jeden und jede zu realisieren.

Wie bei den sozialen Auseinandersetzungen bei der Gründung der Nationalstaaten stehen wir am Beginn eines tief greifenden sozialen Konflikts, um die Architektur des europäischen und globalen Raums. Links ist heute, die sozialen Bewegungen auf der europäischen und globalen Ebene wahrhaft handlungsfähig zu machen, um soziale Rechte neu zu erstreiten. Gemeinsam mit allen Organisationen und Bevölkerungsgruppen, die unter dem Neoliberalismus leiden, müssen wir die Phase nationaler Abwehrkämpfe überwinden und stattdessen internationale Institutionen einfordern, die soziale Rechte europäisieren und globalisieren. Viele Teilkonzepte im Bereich internationaler Steuern, Sozial- und Umweltstandards, bindender Regeln für transnationaler Konzerne, europäischer Finanz- und Wirtschaftspolitik, usw. hat die Bewegung bereits erarbeitet. In anderen Feldern liegt diese Arbeit noch vor uns. Auch die Bewegungsorganisationen selbst wie Gewerkschaften, Umweltverbände, Sozialverbände, usw. werden sich dazu wahrhaft internationalisieren müssen. Die Aufgabe unserer Generation ist es, diese internationale Handlungsfähigkeit Wirklichkeit werden zu lassen.

Erschienen in: taz, 11./12.9.2005